

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

### **des Finanzausschusses**

#### **Staatshaushaltsplan 2004**

#### **Einzelplan 08: Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum**

##### Beschlussempfehlung

Der Landtag wolle beschließen:

##### **I.**

##### **1. Kap. 0801 – Ministerium**

zuzustimmen.

##### **2. Kap. 0802 – Allgemeine Bewilligungen**

Tsd. EUR

Neu aufzunehmen:

„Tit. 549 01 N Globale Minderausgabe für sächliche Verwaltungsausgaben	–6.370,0
---	----------

Erläuterung:

Einsparung von sächlichen Verwaltungsausgaben zur Deckung von Steuermindereinnahmen. Im Falle eines unabweisbaren Bedürfnisses (§ 37 Abs. 1 LHO) kann die globale Minderausgabe innerhalb des Einzelplans bei den anderen Sachausgaben (Hauptgruppe 6 bis 8) erwirtschaftet werden. Vgl. auch globale Minderausgaben bei Tit. 462 01 und 972 10 sowie Kap. 1212 Tit. 972 01.“

im Übrigen Kap. 0802 zuzustimmen.

**3. Kap. 0803 – Ländlicher Raum, Ernährung und Landwirtschaft**

Tsd. EUR

Tit. 686 86	statt	553,0
	zu setzen	1.303,0

und in der Erläuterung folgende neue Nr. 5 aufzunehmen:

„5. zu Hagelversicherungsprämien ... 750,0“;

die bisherige Nr. 5 wird Nr. 6;

im Übrigen Kap. 0803 zuzustimmen.

**4. Kap. 0804 – Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der Agrarstruktur**

zuzustimmen.

**5. Kap. 0805 – Flurneuordnung und Landentwicklung**

zuzustimmen.

**6. Kap. 0807 – Staatliche Akademie für Landbau und Hauswirtschaft Kupferzell**

zuzustimmen.

**7. Kap. 0809 – Landwirtschaftliche Bezirksverwaltung**

zuzustimmen.

**8. Kap. 0810 – Landesanstalt für Entwicklung der Landwirtschaft und der ländlichen Räume mit Landesstelle für landwirtschaftliche Marktkunde**

zuzustimmen.

**9. Kap. 0811 – Landesanstalt für Pflanzenschutz**

zuzustimmen.

**10. Kap. 0812 – Staatliche Landwirtschaftliche Untersuchungs- und Forschungsanstalt Augustenberg**

zuzustimmen.

**11. Kap. 0813 – Staatliches Weinbauinstitut, Versuchs- und Forschungsanstalt für Weinbau und Weinbehandlung Freiburg**

zuzustimmen.

**12. Kap. 0814 – Staatliche Lehr- und Versuchsanstalt für Wein- und Obstbau Weinsberg**

zuzustimmen.

**13. Kap. 0816 – Staatliche Lehr- und Versuchsanstalt für Gartenbau Heidelberg**

zuzustimmen.

**14. Kap. 0818 – Haupt- und Landgestüt Marbach**

zuzustimmen.

**15. Kap. 0819 – Staatliche Lehr- und Versuchsanstalt für Viehhaltung und  
Gründlandwirtschaft Aulendorf**

zuzustimmen.

**16. Kap. 0820 – Landesanstalt für Schweinezucht Forchheim**

zuzustimmen.

**17. Kap. 0821 – Landesanstalt für Pflanzenbau Forchheim**

zuzustimmen.

**18. Kap. 0822 – Staatliche Milchwirtschaftliche Lehr- und Forschungsanstalt  
Wangen im Allgäu**

zuzustimmen.

**19. Kap. 0826 – Veterinärwesen**

zuzustimmen.

**20. Kap. 0827 – Chemische und Veterinäruntersuchungsämter**

zuzustimmen.

**21. Kap. 0829 – Naturschutz und Landschaftspflege**

zuzustimmen.

**22. Kap. 0831 – Allgemeine Bewilligungen der Landesforstverwaltung**

zuzustimmen.

**23. Kap. 0832 – Forstdirektionen**

zuzustimmen.

**24. Kap. 0833 – Forstämter**

zuzustimmen.

**25. Kap. 0834 – Forstliche Bildungszentren**

zuzustimmen.

**26. Kap. 0835 – Forstliche Versuchs- und Forschungsanstalt**

zuzustimmen.

**II.**

Kenntnis zu nehmen:

Von der Mitteilung der Landesregierung vom 25. November 2003

- Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes (GAK)“;  
hier: Anmeldung des Landes zum Rahmenplan 2004 bis 2007
- Drucksache 13/2660.

21. 01. 2004

Der Berichterstatter:  
Kleinmann

Der Vorsitzende:  
Moser

## Bericht

Der Finanzausschuss hat den Einzelplan 08 – Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum – des Staatshaushaltsplans für das Jahr 2004 in seiner 34. Sitzung am 21. Januar 2004 beraten.

In die Erörterung am 21. Januar 2004 mit einbezogen wurde die Mitteilung der Landesregierung vom 25. November 2003

Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes (GAK)“;  
hier: Anmeldung des Landes zum Rahmenplan 2004 bis 2007

mit der Empfehlung und dem Bericht des Ausschusses Ländlicher Raum und Landwirtschaft vom 12. Dezember 2003 (siehe Anlage 1).

Zudem lag ein Schreiben der Landesarbeitsgemeinschaft Urlaub auf dem Bauernhof in Baden-Württemberg e. V. vor, das an die Ausschussmitglieder zur Kenntnisnahme verteilt wurde (Anlage 2).

Der Berichterstatter berichtet, der Entwurf des Einzelplans 08 sehe für 2004 Gesamtausgaben in Höhe von 1 070 700 700 € vor. Dem stünden Einnahmen in Höhe von 406 178 200 € gegenüber, sodass sich insgesamt ein Zuschussbedarf von 664 522 500 € ergebe.

Der Anteil des Einzelplans 08 an den Ausgaben, die der Haushaltsplan insgesamt vorsehe, betrage brutto rund 3,5 %. Netto belaufe sich dieser Anteil lediglich noch etwa auf die Hälfte, wenn die Mittel, die zum Beispiel für den Finanzausgleich aufgebracht werden müssten, abgezogen würden. Deren Summe sei von vornherein aber selten bekannt.

Die Erhöhung der Gesamtausgaben im Haushalt gegenüber 2003 gehe darauf zurück, dass die Versorgungsbezüge und die Beihilfe der Beamten sowie ihrer Hinterbliebenen vom Einzelplan 12 – Allgemeine Finanzverwaltung – in die Ressorteinzelpläne übertragen worden seien. Nach Bereinigung um die dafür vorgesehenen 104,4 Millionen € verminderten sich die Gesamtausgaben im Einzelplan 08 um rund 20 Millionen €. Dabei seien die im Einzelplan zu erwirtschaftenden globalen Minderausgaben von etwa 32 Millionen € nicht berücksichtigt.

Wesentliche Änderungen gegenüber dem Vorjahr ergäben sich unter anderem bei folgenden Maßnahmen – er nenne dazu jeweils die Minderausgaben –: Marktentlastungs- und Kulturlandschaftsausgleich 20 Millionen €, landwirtschaftliches Regionalprogramm 3 Millionen €, Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum 7,5 Millionen €, Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der Agrarstruktur 7,5 Millionen € und Tierseuchenbekämpfung 3,3 Millionen €.

Ohne die 200 Stellen für Beamte auf Widerruf weise der Entwurf des Einzelplans 08 noch 6 377,5 Stellen für Beamte, Angestellte und Arbeiter aus. Die Stelleneinsparungen nach § 2 Abs. 1 des Staatshaushaltsgesetzes 2002/03 seien vollzogen worden. Insgesamt habe die Zahl der Stellen gegenüber dem Vorjahr um 50,5 abgenommen.

Zusammenfassend sei festzustellen, dass der Einzelplan 08 einen wesentlichen Beitrag zum Sparhaushalt 2004 geleistet habe.

## Kapitel 0801 – Ministerium

Ein Abgeordneter der SPD bemerkt, gemäß den Erläuterungen zu Titel 811 01 – Erwerb von Dienstfahrzeugen – sollten zwei Pkw mit dem Baujahr 2003 ausgesondert und dafür zwei Neuwagen gekauft werden. Er fragt, warum gewissermaßen neuwertige Dienstfahrzeuge so frühzeitig wieder ersetzt werden sollten und weshalb sie zum anderen nicht geleast würden.

Der Minister für Ernährung und Ländlichen Raum antwortet, die Gesamtfahrleistung der Dienstwagen des Ministeriums sei erheblich; sein Dienstfahrzeug etwa komme auf rund 80 000 Kilometer pro Jahr. Dadurch seien Kauf und Verkauf zu Sonderkonditionen günstiger als Leasing. Im Hinblick auf den Verkaufspreis sei es optimal, die Fahrzeuge nach einem Jahr wieder abzugeben. Eine darüber hinausgehende Nutzungsdauer würde den Verkaufspreis mindern.

Der Finanzminister teilt auf Nachfrage des Abgeordneten der SPD mit, in den anderen Ressorts herrsche in diesem Zusammenhang nicht überall die gleiche Praxis wie im Landwirtschaftsministerium. Das Finanzministerium zum Beispiel beschaffe sich seine Fahrzeuge über Leasing.

Der Präsident des Rechnungshofs fügt an, nach den üblicherweise geltenden Leasingkonditionen sei die Kilometerzahl auf 40 000 begrenzt. Für jeden Kilometer, der darüber hinaus gefahren werde, müsse eine Zuzahlung erfolgen. Insofern sei das Vorgehen des Landwirtschaftsministeriums angesichts der hohen Fahrleistung seiner Dienstwagen sehr vernünftig.

Ein Vertreter des Ministeriums für Ernährung und Ländlichen Raum ergänzt, bei dem letzten Dienstfahrzeug des Ministeriums, das nach einjähriger Nutzung ersetzt worden sei, wären gegenüber der Differenz aus Kauf- und Verkaufspreis bei Leasing 3 500 € mehr aufzubringen gewesen.

Kapitel 0801 mit 13 : 7 Stimmen genehmigt.

## Kapitel 0802 – Allgemeine Bewilligungen

Ein Vertreter des Ministeriums für Ernährung und Ländlichen Raum erklärt auf Frage des Abgeordneten der SPD zu Titel 534 02 – Vergütungen für die Verwaltung von Zuwendungen –, bei einer Prüfung sei festgestellt worden, dass das Ministerium die Provisionssätze der L-Bank für die Abwicklung des Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum nicht aus dem Programm als solchem finanzieren dürfe. Vielmehr müssten die angesprochenen Vergütungen für die L-Bank gesondert etatisiert werden. Daher habe sich der Ansatz in Titel 534 02 um rund 500 000 € erhöht.

Ziffer 1 des Antrags 08/22 wird einstimmig zugestimmt.

Der Abgeordnete der SPD weist darauf hin, dass sich damit eine Abstimmung über den Antrag 08/1 erübrige.

Der Antrag 08/2 wird mit 12 : 8 Stimmen abgelehnt.

Eine Abgeordnete der Grünen begründet den Antrag 08/15.

Der Minister für Ernährung und Ländlichen Raum trägt vor, um die anstehende Agrarreform zu bewältigen, bedürfe es eines erheblichen Mitteleinsatzes auch im Bereich der Datenverarbeitung. Sein Haus könne noch mit-

teilen, wofür die vorgesehenen Ausgaben für Informationstechnik im Einzelnen verwandt werden sollten.

Ein Vertreter des Ministeriums für Ernährung und Ländlichen Raum gibt auf Frage eines Abgeordneten der CDU bekannt, das informationstechnische Gesamtbudget habe 2003 23,25 Millionen € umfasst, während im Jahr 2004 dafür noch 21,37 Millionen € vorgesehen seien.

Der Antrag 08/15 wird mit 12 : 1 Stimmen bei Stimmenthaltungen im Übrigen abgelehnt.

Der Antrag 08/3 verfällt mit 12 : 8 Stimmen der Ablehnung.

Der Abgeordnete der SPD zeigt auf, mit dem Ansatz in Titel 883 81 – Zuweisungen an Gemeinden zur Durchführung von Landesgartenschauen und Projekten „Mehr Natur in unserer Gemeinde/Stadt“ – werde der Bewilligungsrahmen ausgeschöpft. Gemäß den Erläuterungen fielen in den Folgejahren aber zusätzliche Teilbeträge an. Daher interessiere ihn, warum keine weiteren Verpflichtungsermächtigungen ausgebracht würden.

Ein Vertreter des Ministeriums für Ernährung und Ländlichen Raum antwortet, die Mittel für die Landesgartenschauen seien seit 2003 im Kommunalen Investitionsfonds veranschlagt und würden daraus finanziert. Die weiteren Raten seien also über die Verpflichtungsermächtigungen des Kommunalen Investitionsfonds abgedeckt.

Kapitel 0802 mit den beschlossenen Änderungen mit 12 : 8 Stimmen genehmigt.

#### Kapitel 0803 – Ländlicher Raum, Ernährung und Landwirtschaft

Der Antrag 08/4 wird mit 13 : 7 Stimmen abgelehnt.

Ein Abgeordneter der SPD verweist zum Antrag 08/23 auf das dem Ausschuss vorliegende Schreiben der Landesarbeitsgemeinschaft Urlaub auf dem Bauernhof in Baden-Württemberg vom 20. Januar 2004. Er fügt hinzu, die SPD halte es für sehr fragwürdig, dass das Ministerium den bisherigen Zuschuss von 50 000 € für den Katalog „Urlaub auf dem Bauernhof“ gestrichen habe, und wolle diesen Betrag für den angesprochenen Zweck wieder in den Haushaltsplan einstellen.

Der Vorsitzende erwähnt, nach seiner Erinnerung sei der Tourismusbereich auch im Einzelplanentwurf des Wirtschaftsministeriums gestärkt worden. Von der Sache her könnte dieses Anliegen mit dem jetzt aufgerufenen Begehren in einen gemeinsamen Antrag eingehen.

Der Minister für Ernährung und Ländlichen Raum legt dar, sein Haus unterstütze das Angebot „Urlaub auf dem Bauernhof“ voll, da es in Bezug auf das Einkommen landwirtschaftlicher Betriebe ein wichtiges Standbein sein könne. 62 mustergültige Betriebe hätten einmal aufgezeigt, dass sich über das in Rede stehende Angebot ein Zusatzeinkommen von durchschnittlich 6 000 € pro Jahr erzielen lasse. Sein Haus biete an, den aufgegriffenen Zuschuss von 50 000 €, der im Einzelplanentwurf gestrichen worden sei, aus dem Regionalprogramm oder aus Marketingmitteln bereitzustellen und entsprechende Möglichkeiten noch einmal zu prüfen.

Er bejaht die Frage des Vorsitzenden, ob seine letzte Bemerkung als Zusage zu verstehen sei, dass das Ministerium die Mittel zur Verfügung stelle und im

Rahmen des vorhandenen Budgets nach einer Finanzierungsmöglichkeit suche.

Der Vorsitzende macht darauf aufmerksam, dass der Antrag 08/23 unter Berücksichtigung dieser Zusage zurückgezogen werde.

Die Anträge 08/16 und 08/17 werden mit jeweils 19 : 1 Stimmen abgelehnt, während die Anträge 08/5 und 08/18 mit jeweils 12 : 8 Stimmen der Ablehnung verfallen.

Eine Abgeordnete der Grünen ergänzt zur schriftlichen Begründung des Antrags 08/19, die Verbände des ökologischen Landbaus leisteten wichtige Beratungshilfen vor allem für Landwirte, die eine Umstellung auf den ökologischen Landbau planten.

Der Antrag 08/19 wird mit 19 : 1 Stimmen abgelehnt.

Ein Abgeordneter der CDU erläutert zu Ziffer 2 des Antrags 08/22, mit den begehrten Zuschüssen zu Hagelversicherungsprämien gehe es darum, die Wettbewerbsposition der betreffenden Branche insbesondere gegenüber den Hauptkonkurrenten in Südtirol und Österreich zu verbessern und die bestehenden Wettbewerbsverzerrungen zu verringern.

Ziffer 2 des Antrags 08/22 wird mit 19 : 1 Stimmen zugestimmt.

Der Abgeordnete der SPD äußert zum Antrag 08/6, seine Fraktion fordere in relativ geringem Umfang Zuschüsse zum Betrieb von zwei weiteren Hagelfliegern im Land; dabei gehe es nur um eine Teilfinanzierung. Die SPD halte an ihrem Begehren fest, da der Einsatz eines Spezialflugzeugs zur Hagelprophylaxe von Gutachterseite mehrheitlich als nützlich erachtet werde.

Ein Abgeordneter der CDU betont, das Luftfahrtbundesamt habe lediglich einen einzigen Flugzeugtyp zugelassen, der als Hagelflieger eingesetzt werden könne. Ein solches Flugzeug sei derzeit nicht auf dem Markt, wie er bei genauen Erkundigungen erfahren habe. Bis es beschafft werden könne und die erforderliche luftfahrtrechtliche Genehmigung vorliege, sei das Jahr 2004 vorüber. Insofern könnte der Antrag 08/6 in diesem Jahr nicht haushaltswirksam werden.

Ein Abgeordneter der SPD bemerkt, es sei wichtig, die geforderten Mittel bereitzustellen, um die anscheinend langwierigen Beschaffungsmaßnahmen einleiten zu können. Die SPD nehme für sich in Anspruch, sparsam und vorbeugend zu handeln. Es sei sicher sinnvoll, auch in die Prophylaxe zu investieren. Außerdem sei dies offensichtlich kostengünstiger, als die Zuschüsse zu Hagelversicherungsprämien zu erhöhen. Vor diesem Hintergrund erscheine ihm der Widerstand aufseiten der Koalition unverständlich.

Ein Abgeordneter der CDU unterstreicht, das Land habe sich am Aufwand für die Versicherungsprämien zu beteiligen – es gehe nicht um eine Erhöhung der entsprechenden Zuschüsse –, auch weil dabei über Jahre hinweg Vertrauensschutz bestehe. Dennoch habe es in diesem Bereich massive Kürzungen gegeben. Im Übrigen seien die Obstbauern am Bodensee gegen den Einsatz eines Hagelfliegers.

Ein Abgeordneter der FDP/DVP bekräftigt Letzteres und fügt hinzu, mit dem Einsatz eines Hagelfliegers ließen sich Schäden am Obst im Niederschlagsfall nicht verhindern. Daher sei der Einsatz eines solchen Flugzeugs zum Schutz von Obstbeständen aus fachlicher Sicht unsinnig.



Der Minister für Ernährung und Ländlichen Raum erklärt auf Frage des Vorsitzenden, er betrachte es als eine wertvolle Information, dass sich derzeit keine Hagelflieger auf dem Markt befänden.

Der Antrag 08/6 wird mit 13 : 6 Stimmen abgelehnt.

Ein Abgeordneter der SPD führt an, in Titel 686 89 – Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke – seien gemäß den Erläuterungen Zuschüsse für „Innovative Maßnahmen für Frauen im ländlichen Raum“ veranschlagt. Ihn interessiere, um welche Maßnahmen es sich dabei handle.

Ein Vertreter des Ministeriums für Ernährung und Ländlichen Raum berichtet, mit dem angesprochenen Programm sollten neue Erwerbsmöglichkeiten für Frauen im ländlichen Raum geschaffen werden. Gefördert würden spezielle Maßnahmen der Qualifizierung zum Beispiel als Kinderbetreuerinnen und als Gästeführerinnen. Die Qualifizierung erstrecke sich auch auf das Angebot „Ferien auf dem Bauernhof“, wobei ein Teilprojekt darin bestehe, Frauen im Hinblick auf die Bewirtung englischsprachiger Gäste zu schulen. Gefördert würden ferner zum Beispiel Unternehmensgründungen im landwirtschaftsnahen Bereich.

Die Maßnahmen liefen sehr gut und würden auch von der EU als sehr erfolgreich eingestuft. Zu dem breit angelegten Programm sei auch eine Broschüre erarbeitet worden, die das Ministerium gern zur Verfügung stellen könne.

Der Abgeordnete der SPD hebt hervor, die Mittel für die allgemeine Weiterbildung würden um 1,3 Millionen € gekürzt. Insofern frage er, wie es das Ministerium rechtfertige, dass die in Titelgruppe 94 – Weiterbildung im ländlichen Raum – ausgewiesene Summe um über 700 000 € höher sei als 2003.

Der Vorsitzende merkt an, früher seien die Weiterbildung im ländlichen Raum und die allgemeine Weiterbildung in Bezug auf die Fördersätze im Prinzip gleichgestellt worden. Ihn interessiere, ob sich die Fördermaßstäbe inzwischen auseinander entwickelt hätten.

Der Minister für Ernährung und Ländlichen Raum bringt vor, die von dem Abgeordneten der SPD aufgegriffene höhere Summe gehe auf die Erfüllung der Zusage zurück, Baumaßnahmen der Heimvolkshochschule Neckarelz zu fördern.

Der Abgeordnete der SPD zeigt auf, der Hinweis des Ministers bedeute, dass die in Titelgruppe 94 ansonsten ausgebrachten Ansätze für die Weiterbildung im ländlichen Raum konstant geblieben seien. Demgegenüber würden die Mittel für die allgemeine Weiterbildung gekürzt. Er wolle wissen, warum beide Bereiche nicht gleich behandelt würden.

Ein Vertreter des Ministeriums für Ernährung und Ländlichen Raum teilt mit, die in Titelgruppe 94 eingestellten Mittel dienten vor allem dazu, Teilnehmertage und Unterrichtseinheiten in den ländlichen Heimvolkshochschulen zu fördern. Den Vergleichsmaßstab bilde dabei die Finanzierung der Volkshochschulen, an der sich in erheblicher Weise die kommunale Seite beteilige. Bei den Heimvolkshochschulen hingegen sei nur das Ministerium als Drittmittelgeber vorhanden. Deshalb müsse sein Haus diese Einrichtungen stabilisieren und habe in diesem Bereich bewusst keine Kürzungen vorgenommen.

Der Minister für Ernährung und Ländlichen Raum erwähnt, die aufgeworfenen Fragen hätten ihn etwas überrascht. So habe er Aussagen gelesen, wonach auch auf dem Land mehr Weiterbildung betrieben werden solle. Dazu

gehöre jedoch, Einrichtungen wie Heimvolkshochschulen auf gewissem Niveau weiterzuführen.

Der Vorsitzende weist darauf hin, neu sei aber wohl, dass sich die Fördergrundsätze im Weiterbildungsbereich insgesamt auseinander entwickelten. Das Ministerium habe dies damit begründet, dass die allgemeine Weiterbildung noch von anderen Trägern mitfinanziert werde. Er fügt an, Letzteres gelte jedoch nicht überall.

Kapitel 0803 mit den beschlossenen Änderungen mit 12 : 8 Stimmen genehmigt.

#### Kapitel 0804 – Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der Agrarstruktur

Der Vorsitzende ruft die

Empfehlung des Ausschusses Ländlicher Raum und Landwirtschaft vom 12. Dezember 2003 zum Rahmenplan Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ für die Jahre 2004 bis 2007  
– Drucksache 13/2660

auf.

Der Ausschuss erhebt die Empfehlung des Ausschusses Ländlicher Raum und Landwirtschaft, von der Mitteilung der Landesregierung, Drucksache 13/2660, Kenntnis zu nehmen, ohne förmliche Abstimmung zur Beschlussempfehlung an das Plenum.

Die Anträge 08/7, 08/8 und 08/9 werden mit jeweils 12 : 8 Stimmen abgelehnt, während der Antrag 08/10 mit 12 : 9 Stimmen der Ablehnung verfällt.

Kapitel 0804 mit 12 : 7 Stimmen bei zwei Enthaltungen genehmigt.

#### Kapitel 0805 – Flurneuordnung und Landentwicklung

Die Anträge 08/20 und 08/11 werden mit jeweils 12 : 9 Stimmen abgelehnt.

Kapitel 0805 mit dem gleichen Stimmenverhältnis genehmigt.

Kapitel 0807 einstimmig genehmigt.

#### Kapitel 0809 – Landwirtschaftliche Bezirksverwaltung

Der Antrag 08/12 wird mit 12 : 7 Stimmen bei zwei Enthaltungen abgelehnt.

Kapitel 0809 mit 14 : 7 Stimmen genehmigt.

Kapitel 0810 mit 12 : 7 Stimmen bei zwei Enthaltungen, Kapitel 0811 und 0812 jeweils einstimmig genehmigt.

### Kapitel 0813 – Staatliches Weinbauinstitut, Versuchs- und Forschungsanstalt für Weinbau und Weinbehandlung Freiburg

Ein Vertreter des Ministeriums für Ernährung und Ländlichen Raum antwortet auf Frage eines Abgeordneten der SPD zu Titel 526 23 – Entschädigungen für ehrenamtliche Mitglieder der Prüfungskommissionen für die Qualitätsprüfung bei Wein und Sekt –, die Qualitätsweinprüfung stelle eine staatliche Aufgabe dar, die das Ministerium vor einigen Jahren insbesondere den Weinbauverbänden teilweise übertragen habe. Die Mittel, die in dem angesprochenen Titel veranschlagt seien, dienten der Abgeltung des Aufwands, der den Weinbauverbänden für die Qualitätsweinprüfung entstehe.

Kapitel 0813 einstimmig genehmigt.

Kapitel 0814 und 0816 jeweils einstimmig, Kapitel 0818 mit 19 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen und Kapitel 0819 einstimmig genehmigt.

### Kapitel 0820 – Landesanstalt für Schweinezucht Forchheim

Ein Abgeordneter der SPD äußert, bei der Landesanstalt, die bisher hohes Ansehen genieße, könnten angeblich keine Renovierungen mehr durchgeführt werden. Er fragt, wie sich die Qualitätssicherung in Forchheim bis zur geplanten Umsiedlung nach Boxberg gewährleisten lasse und ob daran gedacht sei, in diesem Bereich mit Bayern und Hessen mittelfristig verstärkt zusammenzuarbeiten.

Der Minister für Ernährung und Ländlichen Raum gibt bekannt, das Niveau der Landesanstalt in Forchheim werde so weit wie möglich gehalten, um ihr Ansehen nicht zu beschädigen. Im Übrigen sei sein Haus bemüht, die Zusammenarbeit mit Bayern und Hessen aufzubauen. Über die Form der Zusammenarbeit könne das Ministerium im Fachausschuss noch einmal konkret berichten.

Kapitel 0820 einstimmig genehmigt.

Kapitel 0821 und 0822 jeweils einstimmig genehmigt.

Kapitel 0826 genehmigt.

Ein Abgeordneter der Grünen führt an, in Kapitel 0826 Titel 547 74 – Sachaufwand – würden über 2,5 Millionen € weniger veranschlagt als 2003. Er erkundigt sich danach, ob es vor dem Hintergrund nicht durchgeführter BSE-Tests gerechtfertigt sei, die Mittel um einen solch hohen Betrag zu kürzen.

Der Minister für Ernährung und Ländlichen Raum betont, der Mittelansatz verbleibe auf hohem Niveau und habe nichts damit zu tun, dass BSE-Tests nicht durchgeführt worden seien. Es müsse dafür gesorgt werden, dass jeder Betroffene das geltende Recht anwende, nach dem BSE-Tests vorzunehmen seien.

Der Abgeordnete der Grünen entgegnet, wenn sich das Niveau auch mit einem wesentlich niedrigeren Betrag sicherstellen lasse, könne daraus geschlossen werden, dass der bisherige Ansatz zu hoch gewesen sei. Er bittet um Auskunft, wofür das Geld verwandt worden sei.

Ein Vertreter des Ministeriums für Ernährung und Ländlichen Raum teilt auf Frage des Vorsitzenden mit, 2003 habe sich das Ist bei der gesamten Titel-

gruppe 74 – Bekämpfung der Tollwut, der Varroatose, sonstiger Tierseuchen und übertragbarer Tierkrankheiten – auf 8,1 Millionen € belaufen.

Kapitel 0827 einstimmig genehmigt.

Kapitel 0829 – Naturschutz und Landschaftspflege

Ein Abgeordneter der SPD fragt zu Titel 685 01 – Zuschuss an den Naturschutzfonds –, ob dem Landwirtschaftsministerium die anlässlich der Beratung der Denkschrift 2003 des Rechnungshofs vom Finanzausschuss hinsichtlich der Bezuschussung der Stiftung Naturschutzfonds verabschiedete Beschlussempfehlung an das Plenum bekannt sei und wie der entsprechende Landtagsbeschluss bei Titel 685 01 umgesetzt werden solle.

Ein Vertreter des Ministeriums für Ernährung und Ländlichen Raum antwortet, das Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum habe sein Anliegen vor dem Finanzausschuss vertreten. Die Zusage durch das Ministerium, das Finanzmanagement der nicht abgeflossenen Gelder in den Bereichen Pflege und Renaturierung mit dem Finanzministerium zu klären, werde selbstverständlich eingehalten. Denn wenn über das Finanzmanagement des Finanzministeriums bessere Konditionen zu erhalten seien, werde das Landwirtschaftsministerium gern die Erträge aus Ausgleichsabgaben zur Bewirtschaftung an das Finanzministerium geben, damit die Stiftung Naturschutzfonds von den höheren Zinsen, die das Finanzministerium möglicherweise bekomme, profitieren könne.

Ein Abgeordneter der CDU wirft ein, der Finanzausschuss habe etwas anderes intendiert, nämlich ein inneres Darlehen.

Der Abgeordnete der SPD fragt, wie der Rechnungshof den derzeitigen Stand der Umsetzung des Landtagsbeschlusses zu dem angesprochenen Denkschriftbeitrag beurteile.

Der Vizepräsident des Rechnungshofs erwidert, der Beschluss des Finanzausschusses habe darauf abgezielt, Flexibilisierungsmöglichkeiten auszuschöpfen. Zum Stand des Vollzugs dieses Beschlusses durch das MLR könne der Rechnungshof derzeit noch keine Aussagen treffen.

Ein Abgeordneter der SPD fragt, weshalb die Zuschüsse in Titel 686 91A – Zuschüsse an Sonstige für Landschaftspflege und Extensivierung – von Jahr zu Jahr steigen würden und wem diese Mittel zugute kämen.

Ein Vertreter des Ministeriums für Ernährung und Ländlichen Raum teilt dazu mit, von 2001 bis 2002 sei aus haushaltstechnischen Gründen die Haushaltssystematik geändert worden. Der Istbetrag von 0,0 € im Jahr 2001 sei darauf zurückzuführen, dass es diesen Titel im Jahr 2001 noch nicht gegeben habe. Er vermute, dass dieser Posten seinerzeit in Titel 685 91, der inzwischen entfallen sei, enthalten gewesen sei.

Der Abgeordnete der SPD erläutert, er wolle wissen, wer der Empfänger der seit dem Jahr 2002 jährlich steigenden Zuschüsse sei und ob es sich dabei um Landwirte oder um Vertragspartner im Bereich der Landschaftspflege handle.

Ein Vertreter des Ministeriums für Ernährung und Ländlichen Raum antwortet, die Zuschüsse in Titel 686 91A würden aufgrund der FFH-Richtlinie für landschaftspflegerische Maßnahmen und für Ausgleichsleistungen gezahlt.

Der Abgeordnete der SPD wendet ein, mit dieser Aussage sei noch nicht erklärt, warum die Zuschüsse von 2003 auf 2004 um 1 Million € steigen sollten.

Der Vorsitzende bittet darum, die Frage zu beantworten, wie sich die Steigerungsraten der Zuschüsse begründeten und an welche Adressatengruppen die Zuschüsse gezahlt würden.

Der Minister für Ernährung und Ländlichen Raum verweist auf die FFH-Richtlinie, in deren Rahmen die Beträge zu zahlen seien.

Der Abgeordnete der SPD antwortet, es gehe ihm um die Frage, wer die konkreten Adressaten dieser Zuschüsse seien.

Der Minister für Ernährung und Ländlichen Raum verdeutlicht, die FFH-Richtlinie betreffe landwirtschaftliche Nutzflächen und Waldflächen. Es gehe mithin um Flächen überall dort, wo Bestand und Entwicklung zu sichern seien. Da die Ansprüche auf Ausgleichsleistungen in den nächsten Jahren noch steigen würden, müsse sein Haus Sorge dafür tragen, den damit verbundenen Verpflichtungen auch in Zukunft nachkommen zu können.

Der Abgeordnete der SPD fragt, wie sich bei den Empfängern der Zuschüsse aus Titel 686 91A das Verhältnis zwischen Landwirten und anderen Zuschussberechtigten darstelle.

Ein Vertreter des Ministeriums für Ernährung und Ländlichen Raum verweist auf die Erläuterungen zu Titel 686 91A und erklärt, den größten Anteil der Zuschüsse machten die in Ziffer 2 der Erläuterungen genannten Ausgleichsleistungen für landwirtschaftliche Nutzungsbeschränkungen aus. Empfänger der Zuschüsse aus Titelgruppe 91A seien also vor allem Landwirte, denen aufgrund der FFH-Richtlinie Nutzungsbeschränkungen auferlegt worden seien.

Der Abgeordnete der SPD gibt zu bedenken, diese Information gehe aus den im Titel 686 91A enthaltenen Beträgen nicht hervor.

Der Vorsitzende bittet darum, eventuelle weitere Nachfragen nach der Sitzung in schriftlicher Form an das Ministerium zu richten, da es sich hier nicht um einen Antrag, sondern um reine Informationsfragen handle.

Kapitel 0829 wird einstimmig genehmigt.

#### Kapitel 0831 – Allgemeine Bewilligungen der Landesforstverwaltung

Ein Abgeordneter der CDU fragt den Finanzminister, weshalb der Zuschuss in Titel 893 72, der eine reine Freiwilligkeitsleistung sei, angesichts der derzeitigen Haushaltssituation nicht gekürzt werden solle.

Der Finanzminister antwortet, da das Parlament selbst das Königsrecht der Entscheidung über die Haushaltsmittel ausübe, müsse diese Frage an die Fraktionen gerichtet werden.

Der Vorsitzende wendet ein, die Aufstellung des Haushalts sei nicht das Königsrecht des Parlaments, sondern obliege dem Finanzminister.

Der Finanzminister führt aus, offenbar sei die Aufrechterhaltung der Zuschüsse für notwendig gehalten und den Fraktionen deshalb vorgeschlagen worden. Ob die Zuschüsse aufrechterhalten würden, sei eine Frage der poli-

tischen Gestaltung. Bei der nächsten Haushaltsaufstellung könne über dieses Thema erneut diskutiert werden.

Der Abgeordnete der CDU betont noch einmal den Freiwilligkeitscharakter der Zuschussleistung und kündigt an, er werde das Thema im Auge behalten.

Ein weiterer Abgeordneter der CDU weist darauf hin, die Tatsache, dass bei Titel 893 72 keine Kürzung vorgenommen werde, bringe die Prioritätensetzung für das Haushaltsjahr 2004 klar zum Ausdruck.

Antrag 08/13 wird mit 12 : 7 Stimmen bei zwei Enthaltungen abgelehnt.

Antrag 08/21 wird mit 12 : 9 Stimmen abgelehnt.

Kapitel 0831 mit 12 : 9 Stimmen genehmigt.

Kapitel 0832 mit 14 : 7 Stimmen genehmigt.

#### Kapitel 0833 – Forstämter

Ein Abgeordneter der CDU fragt in Zusammenhang mit Antrag 08/14 zu Titel 125 51, wie hoch der Holzerlös aus dem Staatswald des Landes im Jahr 2003 gewesen sei.

Der Minister für Ernährung und Ländlichen Raum antwortet, der Holzerlös für das Jahr 2003 betrage 110 529 000 €. Er fügt hinzu, der Antrag 08/14, mit dem eine Steigerung des veranschlagten Erlöses um 10 Millionen € begehrt werde, sei im Hinblick auf die aktuelle Situation am Holzmarkt völlig unrealistisch.

Der Abgeordnete der CDU wirft ein, mithin erweise sich bereits der Haushaltsansatz für das Jahr 2004 mit 130 Millionen € als unrealistisch.

Der Minister für Ernährung und Ländlichen Raum erklärt zur Begründung dieses Haushaltsansatzes, obwohl er die Politik der derzeitigen Bundesregierung keinesfalls überschätze, sei ihm doch der Glaube an eine bessere Konjunkturentwicklung noch nicht ganz abhanden gekommen.

Der Antrag 08/14 wird mit 12 : 9 Stimmen abgelehnt.

Ein Abgeordneter der SPD fragt in Zusammenhang mit Titel 125 53 – Einnahmen aus Jagd und Fischerei (Selbstverwaltung) – nach der Höhe der Einnahmen im Jahr 2003.

Außerdem wolle er wissen, ob der Empfehlung des Rechnungshofs in seinem Beitrag Nummer 15 der Denkschrift von 1999, Flächen, die das Land hinzugepachtet habe, wieder abzugeben, nachgekommen werde. Er erläuterte, es stehe immer wieder die Frage im Raum, ob die Verpachtung weiterer Anteile von Regiejagdflächen zu Mehreinnahmen für das Land führen könnte. Der Landesrechnungshof habe dies in dem genannten Denkschriftbeitrag mit dem Hinweis, dass die Möglichkeit einer besseren Bejagung zugleich positive Auswirkungen auf Einsparungen im Bereich Wiederaufforstung und Waldpflege habe, zwar verneint. Gleichzeitig habe der Rechnungshof jedoch eine Reihe von Vorschlägen für eine Kostensenkung der Regiejagd gemacht. Dabei sei auch eine kritische Überprüfung von zur Abrundung von Jagdbezirken getätigten Flächenangliederungen empfohlen worden.

Ein Vertreter des Ministeriums für Ernährung und Ländlichen Raum trägt vor, für die Verpachtung von Jagdflächen sei im Jahr 2003 ein Ergebnis von rund 2,641 Millionen € erzielt worden. Der Verpachtungsanteil betrage 34 % der Gesamt-Regiejagdfläche; damit nehme Baden-Württemberg im Bundesvergleich eine Spitzenposition bei der Verpachtung von Staatswaldfläche ein.

Der Abgeordnete der SPD fragt nach, ob die in der Denkschrift 1999 gegebenen Empfehlungen des Rechnungshofs umgesetzt worden seien.

Der Vertreter des Ministeriums für Ernährung und Ländlichen Raum bejaht dies.

Ein Abgeordneter der SPD fragt zu Titel 812 71 – Erwerb von Maschinen, Geräten u. dgl. – um welche Art von Maschinen es sich handle, die für einen Betrag, der mit 1,03 Millionen € dem Vorjahresansatz entspreche, angeschafft werden sollten. Denn das Ministerium habe mitgeteilt, der Maschinenpark sei inzwischen, so wörtlich, „auf dem neuesten Stand“. Zudem werde ein Teil der Waldarbeiten privatwirtschaftlich vergeben. Ihm sei deshalb nicht einsichtig, weshalb im Jahr 2004 noch einmal Mittel in gleicher Höhe wie im Vorjahr vorgesehen seien.

Der Landesforstpräsident legt dar, mit diesen Mitteln würden überwiegend gebrauchte Maschinen beschafft, die der Arbeitssicherheit der Waldarbeiter dienen. Ein Teil der Aufgaben, der rund 30 % der gesamtbetrieblichen Aufwendungen entspreche, werde an Unternehmen vergeben. Dies diene der Erhaltung der betrieblichen Flexibilität.

Der Abgeordnete der SPD erklärt, die Ausführungen des Landesforstpräsidenten stellten ihn zwar nicht zufrieden, er nehme sie jedoch zur Kenntnis.

Kapitel 0833 mit 14 :7 Stimmen genehmigt.

Kapitel 0834 – Forstliche Bildungszentren

Kapitel 0834 einstimmig genehmigt.

Kapitel 0835 – Forstliche Versuchs- und Forschungsanstalt

Kapitel 0835 einstimmig genehmigt.

Ein Abgeordneter der CDU fragt abschließend nach dem Bestand des Forstgrundstocks und nach den damit zusammenhängenden Verpflichtungen zum 1. Januar 2004.

Der Minister für Ernährung und Ländlichen Raum gibt die Auskunft, 4 Millionen € seien nicht durch Verpflichtungen gebunden.

Ein Vertreter des Ministeriums für Ernährung und Ländlichen Raum erläutert, zum 31. Dezember 2003 habe es einen Kassenbestand von 10,4 Millionen € gegeben. Darin enthalten seien Rückstellungen in Höhe von 1,362 Millionen € für die Rücknahme militärischer Liegenschaften, für den Erwerb landwirtschaftlicher Flächen zur Aufforstung als Ausgleichsmaßnahme für den S-Bahnhof in Vaihingen-Enz in Höhe von 511 292 €, für den Einbau von Holzschnitzelheizungen in Forstgebäuden in Höhe von 204 000 €, für verschiedene Baumaßnahmen, unter anderem den Stützpunkt St. Peter, in Höhe von 506 000 € und für den Rückkauf von Waldflächen im Bereich Südbaden, zu dem sich das Land verpflichtet habe, in Höhe von 185 000 €. Für die Abfüh-

zung an den Landeshaushalt seien 2 Millionen € zurückgestellt, für Sanierungsmaßnahmen 1 Million €, und für das Naturschutzzentrum Maulbronn seien vorsorglich 664 000 € zurückgestellt worden. Somit ergebe sich aktuell ein verfügbarer Bestand von ca. 4 Millionen €.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass der Finanzausschuss zusammen mit den Einzelplänen jeweils auch die entsprechenden Stellenpläne und Stellenübersichten gebilligt habe.

27. 01. 2004

Kleinmann



Anlage 1

**Empfehlung und Bericht**

**des Ausschusses Ländlicher Raum und Landwirtschaft  
an den Finanzausschuss**

Kap. 0804  
Tit. 231 01 ff.  
S. 64 ff.

zu der Mitteilung der Landesregierung vom 25. November 2003  
- Drucksache 13/2660

**Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des  
Küstenschutzes“ (GAK);**

**hier: Anmeldung des Landes zum Rahmenplan 2004 bis 2007**

**E m p f e h l u n g**

Der Landtag wolle beschließen,

von der Mitteilung der Landesregierung vom 25. November 2003 - Drucksache  
13/2660 - Kenntnis zu nehmen.

12.12.2003

Der Berichterstatter:

Kübler

Der Vorsitzende:



Traub

– 1 –

## B e r i c h t

über die Beratungen des Ausschusses Ländlicher Raum und Landwirtschaft

Der Ausschuss Ländlicher Raum und Landwirtschaft beriet die Mitteilung der Landesregierung vom 25. November 2003, Drucksache 13/2660, in seiner 21. Sitzung am 12. Dezember 2003.

Eine Abgeordnete der SPD fragte, wie die Mittel aus der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ für Flurneuordnung und forstliche Maßnahmen unter Berücksichtigung der im Rahmen der geplanten Verwaltungsreform vorgesehenen Eingliederung der Flurneuordnungsämter und der Forstämter in die Landratsämter künftig verteilt würden.

Der Minister für Ernährung und Ländlichen Raum legte dar, das Land orientiere sich bei der Anmeldung zum Rahmenplan 2004 bis 2007 für die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ an den Finanzplanungen des Bundes. Sollte es zu Kürzungen der Komplementärmittel durch den Bund kommen, werde auch das Land entsprechende Korrekturen vornehmen müssen.

Im Rahmen der geplanten Verwaltungsreform sei vorgesehen, Aufgaben an andere Organisationseinheiten zu übertragen, die dafür Personal und Betriebsmittel erhielten. Die Mittelvergabe für die zu verlagernden Aufgaben, zum Beispiel im Bereich der Flurneuordnung, erfolge projektbezogen von zentraler Stelle aus.

Die Abgeordnete der SPD bemerkte, die aus Mitteln der Gemeinschaftsaufgabe geförderten forstlichen Maßnahmen, insbesondere die Bekämpfung von

- 2 -

Waldschäden, seien als landesweite Aufgaben zu betrachten, und fragte, wie die Mittelvergabe für forstliche Maßnahmen unter Einbeziehung der geplanten Eingliederung der Forstämter in die Landratsämter erfolgen werde.

Der Minister für Ernährung und Ländlichen Raum teilte mit, die Mittelvergabe für forstliche Maßnahmen erfolge ebenfalls projektbezogen.

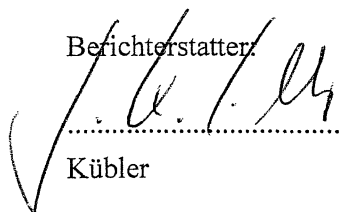
Der Vorsitzende merkte an, die genaue Mittelzuweisung an bestimmte Projekte sei noch nicht endgültig geklärt.

Ohne förmliche Abstimmung empfahl der Ausschuss dem federführenden Finanzausschuss, dem Plenum zu empfehlen, von der Mitteilung der Landesregierung vom 25. November 2003 Kenntnis zu nehmen.

Datum:

17. 12. 2003

Berichterstatter:



Kübler

## Anlage 2

Kap. 0803  
Tit. 68601 per Fax -  
S. 44



**Landesarbeitsgemeinschaft  
Urlaub auf dem Bauernhof**  
in -----  
**Baden-Württemberg e.V.**

LAG · Urlaub auf dem Bauernhof · Postfach 6443 · 78071 Freiburg

Information und Beratung

78098 Freiburg  
Friedrichstr. 41  
Tel. 0781/2719399  
Fax 0781/287775  
Internet:  
<http://www.urlaub-bauernhof.de>  
E-Mail:  
[ubauern@freonet.de](mailto:ubauern@freonet.de)

Südwestbank Freiburg  
Konto Nr. 742 416 003  
(BLZ 600 807 00)

Herrn Herbert Moser MdL  
Finanzausschussvorsitzender  
im Landtag von Baden-Württemberg

17.11.

Zuschuss des MLR zur Finanzierung  
der LAG Landesarbeitsgemeinschaft  
Urlaub auf dem Bauernhof, in Baden-Württemberg e.V.  
in Höhe von € 50.000,-

20.01.2004

Sehr geehrter Herr Herbert Moser MdL, Finanzausschussvorsitzender,

Soeben erhielt ich einen Telefonanruf von unserem 1. Vorsitzenden Erwin Wöhrle der zur Zeit in Berlin auf der Grünen Woche Werbung macht für die Anbieter im Katalog der Ferienregion Baden-Württemberg Urlaub auf dem Bauernhof. Der Telefonanruf hat den Inhalt, daß Morgen 21. Januar 2004 der Finanzausschuss zusammen kommt. Im Haushaltsentwurf ist der bisherige oben erwähnte Zuschuß für die Arbeit der LAG Landes-Arbeits-Gemeinschaft Urlaub auf dem Bauernhof in Baden-Württemberg e.V. nicht aufgeführt. Dieser bisherige Zuschuss wird dringend benötigt.

Im Auftrage von Herrn Wöhrle bitte ich Sie den Zuschuss in den Entwurf mit aufzunehmen.

Die Landwirtschaft übernimmt eine wichtige Gesellschaftspolitische Leistung, durch die Offenhaltung der Landschaft. Gerade der Schwarzwald ist mit seiner einmaligen Kulturlandschaft eine touristische Region mit hohem nationalem und internationalem Bekanntheitsgrad. Das gleiche trifft auch für die Ferienregionen Neckarland/Schwaben und Bodensee/Allgäu zu.

Bei einer Streichung dieses Zuschusses würde neben den Unsicherheiten, die die Agrarreform für viele Betriebe bringt, auch die zusätzlichen Einkommen wie z.B. Urlaub auf dem Bauernhof mehr als nur in Frage gestellt.

Herr Wöhrle bittet Sie den bisherigen Zuschuss im Haushaltsentwurf 2004 mit aufzunehmen.

Mit freundlichen Grüßen aus Freiburg.

gez. Erwin Wöhrle, 1. Vorsitzender

L. A. Manfred Zimmer



**Landtag von Baden-Württemberg****08/2****13. Wahlperiode****S. 23****Änderungsantrag****der Fraktion der SPD****zum Entwurf des Staatshaushaltsplan für 2004****Einzelplan 08 Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum****Erhöhung der globalen Minderausgabe für den Einzelplan 08**

Der Landtag wolle beschließen:

Kap. 0802 Allgemeine Bewilligungen

Titel 972 10 Globale Minderausgabe für den Einzelplan 08

TSD €

Statt -6.050,0

Zu setzen -8.050,0

und die Erläuterung entsprechend zu ändern.

Stuttgart, 13. Januar 2004



Drexler, Nils Schmid und Fraktion

**Begründung**

Zum Ausgleich von Steuermindereinnahmen und für Umschichtungen im Haushaltsentwurf der Landesregierung soll die globale Minderausgabe für den Einzelplan 08 um 2 Mio. € angehoben werden.

**Landtag von Baden-Württemberg**

13. Wahlperiode

08/3

S. 27**Änderungsantrag**

der Fraktion der SPD

zum Entwurf des Staatshaushaltsplan für 2004

Einzelplan 08 Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum

**Einsparungen beim Aufwand für Informationstechnik**

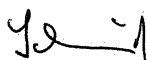
Der Landtag wolle beschließen:

Kap. 0802 Allgemeine Bewilligungen

Titel 534 69 Dienstleistungen Dritter u. dgl.

	TSD €
Statt	4.140,0
Zu setzen	2.140,0

Stuttgart, 13. Januar 2004



Drexler, Nils Schmid und Fraktion

**Begründung**

Zum Ausgleich von Steuermindereinnahmen und für Umschichtungen im Haushaltsentwurf der Landesregierung soll dieser Ansatz abgesenkt und die Aufgaben entsprechend gestreckt werden. Der abgesenkte Haushaltsansatz liegt dabei immer noch rd. 500.000 Tsd. € über dem Ansatz des Jahres 2003.

**Landtag von Baden-Württemberg**

13. Wahlperiode

08/4

**Änderungsantrag**  
der Fraktion der SPD

S. 43

zum Entwurf des Staatshaushaltsplan für 2004

Einzelplan 08 Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum

**Ländliche Sozialberatung**

Der Landtag wolle beschließen:

Kap. 0803 Ländlicher Raum, Ernährung und Landwirtschaft

Titel 684 01 Zuschüsse für Soziale Maßnahmen auf dem Lande

	TSD €
Statt	1.000,0
Zu setzen	860,0

und die Erläuterung wie folgt zu formulieren:

„Veranschlagt sind:

1. Einsatz von Dorfhelferinnen und Betriebshelfern (§14 LLG)	525,0
2. Familienberatung	335,0
	zus. 860,0.“

Weniger zum Ausgleich von Steuermindereinnahmen“

Stuttgart, 13. Januar 2004



Drexler, Nils Schmid und Fraktion



**Begründung**

Zum Ausgleich von Steuermindereinnahmen und zur Umschichtung von Haushaltsmitteln wird der vorgesehene Ansatz um 140 Tsd. € gekürzt. Dabei wird die Förderung für die „Beratung in sozialen Fragen“ gänzlich gestrichen und die Mittel für die Familienberatung um 65 Tsd. aufgestockt.

**Landtag von Baden-Württemberg**

08/5

13. Wahlperiode

S. 49**Änderungsantrag  
der Fraktion der SPD**

zum Entwurf des Staatshaushaltsplan für 2004

**Einzelplan 08 Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum****Streichung von Zuschüssen zur Wiederaufforstung**

Der Landtag wolle beschließen:

Kap. 0803 Ländlicher, Raum, Ernährung und Landwirtschaft

TG 81 Landwirtschaftliches Regionalprogramm

Titel 683 81 Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen

TSD €

Statt 7.100,0

Zu setzen 5.100,0

und in der Erläuterung den letzten Satz zu streichen.

Stuttgart, 13. Januar 2004



Drexler, Nils Schmid und Fraktion

**Begründung**

Mit dieser Kürzung soll der Wiederaufbauzuschuss Wald für von Unwetter geschädigte private Forstbetriebe gestrichen werden. Vier Jahre nach dem letzten großen Unwetter sind Wiederaufbauhilfen entbehrlich geworden.

**Landtag von Baden-Württemberg****13. Wahlperiode****08/6****Änderungsantrag  
der Fraktion der SPD****S. 54****zum Entwurf des Staatshaushaltsplan für 2004****Einzelplan 08 Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum****Zuschüsse für Hagelflieger**

Der Landtag wolle beschließen:

Kap. 0803 Ländlicher Raum, Ernährung und Landwirtschaft

TG 87 Weinbau

Titel 686 87 Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke

	TSD €
Statt	317,0
Zu setzen	457,0

und die Erläuterung wie folgt zu ergänzen:

„3. Zuschüsse zum Betrieb jeweils eines Spezialflugzeuges  
zur Hagelprophylaxe im Raum Stuttgart und im Bodenseeraum 140,0“

Stuttgart, 13. Januar 2004



Drexler, Nils Schmid und Fraktion

**Begründung**

Angesichts der weltweit positiven Erfahrungen durch den Einsatz sogenannter „Hagelflieger“ sollte zusätzlich zum bisherigen Flugzeug im Landkreis Rems-Murr zwei weitere Flugzeuge bezuschusst werden, um schwere Hagelschäden an Obst- und Weinbeständen in den betreffenden besonders gefährdeten Regionen weniger wahrscheinlich zu machen.

**Landtag von Baden-Württemberg**

13. Wahlperiode

08/7

**Änderungsantrag**

der Fraktion der SPD

S. 64

zum Entwurf des Staatshaushaltsplan für 2004

Einzelplan 08 Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum

**Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der Agrarstruktur**

Der Landtag wolle beschließen:

Kap. 0804 Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der Agrarstruktur

Titel 231 01 Zuweisungen vom Bund

TSD €

Statt	66.960,0
Zu setzen	63.960,0

Stuttgart, 13. Januar 2004



Drexler, Nils Schmid und Fraktion

**Begründung**

Weniger aufgrund von Ausgabereduzierungen bei der Gemeinschaftsaufgabe um 5 Mio. €.

**Landtag von Baden-Württemberg**

08/8

13. Wahlperiode

S. 66**Änderungsantrag****der Fraktion der SPD****zum Entwurf des Staatshaushaltsplan für 2004****Einzelplan 08 Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum****Leistungsprüfungen in der Tierzucht**

Der Landtag wolle beschließen:

Kap. 0804 Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der Agrarstruktur

Titel 686 11 Zuschüsse zur Förderung der Leistungsprüfungen  
in der Tierzucht

TSD €

Statt 3.000,0

Zu setzen 2.000,0

Stuttgart, 13. Januar 2004



Drexler, Nils Schmid und Fraktion

**Begründung**

Weniger zum Ausgleich von Steuermindereinnahmen

**Landtag von Baden-Württemberg**

13. Wahlperiode

08/9

**Änderungsantrag**S. 67

der Fraktion der SPD

zum Entwurf des Staatshaushaltsplan für 2004

Einzelplan 08 Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum

**Flurneuordnung**

Der Landtag wolle beschließen:

Kap. 0804 Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der Agrarstruktur

TG 71 Förderung der Flurneuordnung und Landentwicklung

Titel 893 71 Zuschüsse zur Förderung der Flurneuordnung  
und Landentwicklung

TSD €

Statt 23.900,0

Zu setzen 21.400,0

Stuttgart, 13. Januar 2004



Drexler, Nils Schmid und Fraktion

**Begründung**

Weniger zum Ausgleich von Steuermindereinnahmen

**Landtag von Baden-Württemberg**

13. Wahlperiode

08/10

**Änderungsantrag**

der Fraktion der SPD

S. 70

zum Entwurf des Staatshaushaltsplan für 2004

Einzelplan 08 Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum

**Aufforstungsprämien**

Der Landtag wolle beschließen:

Kap. 0804 Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der Agrarstruktur

TG 92 Förderung von waldbaulichen und sonstigen forstlichen Maßnahmen

1. Titel 683 92 Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen

TSD €

Statt 1.000,0

Zu setzen 650,0

2. Titel 893 92 Zuschüsse für Investitionen an Sonstige

TSD €

Statt 1.900,0

Zu setzen 750,0

Stuttgart, 13. Januar 2004



Drexler, Nils Schmid und Fraktion

**Begründung**

Weniger zum Ausgleich von Steuermindereinnahmen



**Landtag von Baden-Württemberg**

08/11

**13. Wahlperiode**S. 81**Änderungsantrag  
der Fraktion der SPD**

zum Entwurf des Staatshaushaltsplan für 2004

Einzelplan 08 Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum

**Einsparungen bei den Aufwendungen für Flurneuordnung**

Der Landtag wolle beschließen:

Kap. 0805 Flurneuordnung und Landentwicklung

Titel 534 73 Dienstleistungen Dritter u. dgl.

TSD €

Statt 4.549,0

Zu setzen 3.049,0

Stuttgart, 13. Januar 2004



Drexler, Nils Schmid und Fraktion

**Begründung**

Zum Ausgleich von Steuermindereinnahmen und für Umschichtungen im Haushaltsentwurf der Landesregierung soll dieser Ansatz abgesenkt und die Aufgaben entsprechend gestreckt werden. Der abgesenkte Haushaltsansatz liegt dabei immer noch über dem Ist-Ansatz des Jahres 2001.

**Landtag von Baden-Württemberg**

08/12

13. Wahlperiode

S. 95

Änderungsantrag

der Fraktion der SPD

zum Entwurf des Staatshaushaltsplan für 2004

Einzelplan 08 Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum

**Einsparungen bei der Landwirtschaftlichen Bezirksverwaltung**

Der Landtag wolle beschließen:

Kap. 0809 Landwirtschaftliche Bezirksverwaltung

Titel 534 69 Dienstleistungen Dritter u. dgl.


TSD €

Statt 2.325,0

Zu setzen 1.325,0

und die Erläuterung aufzunehmen: „Weniger zum Ausgleich von Steuermindereinnahmen.“

Stuttgart, 13. Januar 2004



Drexler, Nils Schmid und Fraktion

**Begründung**

Zum Ausgleich von Steuermindereinnahmen und für Umschichtungen im Haushaltsentwurf der Landesregierung soll dieser Ansatz abgesenkt und die Aufgaben entsprechend gestreckt werden.

**Landtag von Baden-Württemberg**

08/13

**13. Wahlperiode**S. 223**Änderungsantrag****der Fraktion der SPD****zum Entwurf des Staatshaushaltsplan für 2004****Einzelplan 08 Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum****Förderung der energetischen Holzverwertung**

Der Landtag wolle beschließen:

Kap. 0831 Allgemeine Bewilligungen der Landesforstverwaltung

Titel 893 72 Sonstige Zuschüsse für Investitionen

	TSD €
Statt	1.200,0
Zu setzen	4.700,0

folgende Erläuterung einzufügen: „Insbesondere für die Förderung von Investitionen in Holzhackschnitzel- und andere energetische Biomasseverwertungsanlagen sowie für den Aufbau von kommunalen Holzenergiezentren sowie biomassegestützte Nahwärmenetze.“

sowie die Erläuterung zur Titelgruppe entsprechend zu ändern.

Stuttgart, 13. Januar 2004



Drexler, Nils Schmid und Fraktion

**Begründung**

Die Erreichung des Klimaschutzzieles von Kyoto ist bei gleichzeitigem Ausstieg aus der Atomenergienutzung nur möglich, wenn die Mittel für die Förderung insbesondere der Erneuerbaren Energien deutlich aufgestockt werden.

**Landtag von Baden-Württemberg**

13. Wahlperiode

08/14

**Änderungsantrag**  
der Fraktion der SPDS. 236

zum Entwurf des Staatshaushaltsplan für 2004

Einzelplan 08 Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum

**Verbesserungen beim Holzverkauf**  
**durch Schaffung eines Landesbetriebes Forst**

Der Landtag wolle beschließen:

Kap. 0833 Forstämter

Titel 125 51 Aus der Verwertung von Holz

	TSD €
Statt	130.000,0
Zu setzen	140.000,0

und die Erläuterung entsprechend zu ändern.

Stuttgart, 13. Januar 2004



Drexler, Nils Schmid und Fraktion

**Begründung**

Der Holzeinschlag und die damit verbundenen Erlöse sollen gegenüber dem Planansatz im Haushaltsentwurf angehoben werden. Für ein effizienteres Arbeiten im Staatswald soll ein Landesbetrieb Forst gegründet werden. Die von der Landesregierung beabsichtigte Eingliederung der Forstämter in die Landratsämter im Zuge der so genannten Verwaltungsreform ist dagegen völlig verfehlt und kontraproduktiv.

**LANDTAG VON BADEN-WÜRTTEMBERG**  
13. Wahlperiode

08/15

Änderungsantrag  
des Abg. Walter u.a. Fraktion GRÜNE

**zum Entwurf des Staatshaushaltsplans für 2004**

Epl. 08 Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum

**hier: IuK Technik im Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum**

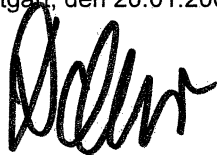
Der Landtag wolle beschließen,

S. 27

Kap. 0802     **Allgemeine Bewilligungen**  
Titel Gr. 69   **Aufwand für Informationstechnik**

	<b>2004</b>
	Tsd. €
statt	5.605
zu setzen	4.605

Stuttgart, den 20.01.2004



Walter, Dederer, Kretschmann u. Fraktion

**Begründung**

Die Ausgaben für IuK im Ministerium für Ernährung und Ländlicher Raum steigen um beinahe 50 Prozent. In Anbetracht der angestregten finanziellen Lage des Landes sollen Projekte gestreckt oder ganz gestrichen werden. Die vorgeschlagene Kürzung von 1 Million Euro bedeutet immer noch eine Erhöhung von über 20 Prozent.

**LANDTAG VON BADEN-WÜRTTEMBERG**  
13. Wahlperiode

08/16

Änderungsantrag  
des Abg. Walter u.a. Fraktion GRÜNE

**zum Entwurf des Staatshaushaltsplans für 2004**

Epl. 08 Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum

**hier: Markt- und ernährungswirtschaftliche Aufklärungs – u.  
Absatzfördermaßnahmen**

Der Landtag wolle beschließen,

1.

S. 45

**Kap. 0803 Ländlicher Raum und Ernährung**  
**Titel 54773 Sachaufwand**

**2004**  
Tsd. €

statt 2.080  
zu setzen 1.780

und die Erläuterungen wie folgt neu zu fassen

Veranschlagt sind:

	2004 Tsd. Euro
1. Absatzfördermaßnahmen, Messen und Ausstellungen	930,0
2. Werbung u. Öffentlichkeitsarbeit mit dem Herkunfts- und Qualitätszeichen	500,0
3. Gläserne Produktion, produktbezogene Absatzförderung	130,0
4. Maßnahmen zur Verbesserung der Marktübersicht, Untersuchungen und dgl. Sowie Ausgaben für Werkverträge	20,0
5 Förderung des Absatzes von ökologisch erzeugter Produkten	200,0
	zus. 1.780,0

2.

S.46

Kap. 0803 Ländlicher Raum und Ernährung  
 Titel 68373 Förderung von Absatz u. Aufklärungsmaßnahmen

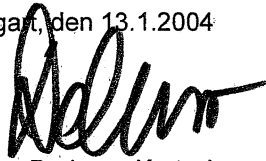
	<b>2004</b>
	Tsd. €
<b>statt</b>	<b>1.550</b>
<b>zu setzen</b>	<b>1.350</b>

und die Erläuterungen wie folgt neu zu fassen

Veranschlagt sind:

	2004 Tsd Euro
1. Absatzfördermaßnahmen, Messen und Ausstellungen	500,0
2. Werbung u. Öffentlichkeitsarbeit mit dem Herkunfts- und Qualitätszeichen	200,0
3. Förderungsmaßnahmen mit dem HQZ (Kontrollmaßnahmen)	400,0
4. Gläserne Produktion, produktbezogene Absatzförderung	100,0
5. Förderung des Absatzes von ökologisch erzeugter Produkten	150,0
zus.	<b>1.350,0</b>

Stuttgart, den 13.1.2004



Walter, Dederer, Kretschmann u. Fraktion

#### **Begründung**

Zusätzliche Kürzungen aufgrund der angespannten Finanzlage des Landes

**LANDTAG VON BADEN-WÜRTTEMBERG**  
13. Wahlperiode

**08/17**

Änderungsantrag  
des Abg. Walter u.a. Fraktion GRÜNE

**zum Entwurf des Staatshaushaltsplans für 2004**

Epl. 08 Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum

**hier: Tierzucht und Tierhaltung**

---

Der Landtag wolle beschließen,

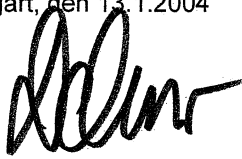
S. 48

Kap. 0803 Ländlicher Raum, Ernährung und Landwirtschaft  
Titel 686 78 Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke

2004  
Tsd. €

statt 560,0  
zu setzen 0

Stuttgart, den 13.1.2004



Walter, Dederer, Kretschmann u. Fraktion

**Begründung**

Zusätzliche Einsparung aufgrund der angespannten Finanzlage des Landes



**LANDTAG VON BADEN-WÜRTTEMBERG**  
13. Wahlperiode

08/18

Änderungsantrag  
des Abg. Walter u.a. Fraktion GRÜNE

**zum Entwurf des Staatshaushaltsplans für 2004**

Epl. 08 Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum

**hier: Landwirtschaftliches Regionalprogramm**

---

Der Landtag wolle beschließen,

S.49

**Kap. 0803 Ländlicher Raum, Ernährung und Landwirtschaft**  
**Titel 683 81 Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen**

	2004 Tsd €
statt	7.100,0
zu setzen	5.600,0

Stuttgart, den 13.1.2004



Walter, Dederer, Kretschmann u. Fraktion

**Begründung**

Zusätzliche Einsparung aufgrund der dramatisch angespannten Finanzlage

**LANDTAG VON BADEN-WÜRTTEMBERG**  
13. Wahlperiode

08/19

Änderungsantrag  
des Abg. Walter u.a. Fraktion GRÜNE

**zum Entwurf des Staatshaushaltsplans für 2004**

Epl. 08 Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum

**hier: Zuschüsse für die Verbände des ökologischen Landbaus**

Der Landtag wolle beschließen,

S. 52

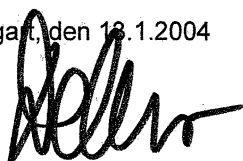
**Kap. 0803 Ländlicher Raum, Ernährung und Landwirtschaft**  
**Titel 686 84 Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke**

	<b>2004</b>
	Tsd €
statt	240,0
zu setzen	280,0

und in den Erläuterungen die Nr. 3 wie folgt abzuändern:

Veranschlagt sind:	2004
	Tsd Euro
3. Verbände des alternativen Landbaues Baden-Württemberg	255,9

Stuttgart, den 13.1.2004



Walter, Dederer, Kretschmann u. Fraktion

**Begründung:**

Bereits bislang fielen die Zuschüsse für die Ökolandbauverbände alles andere als üppig aus. Weitere Kürzungen – und seien sie noch so gering, führen dazu, dass die Verbände den an sie gestellten Anforderung nicht mehr nachkommen können.

**LANDTAG VON BADEN-WÜRTTEMBERG**  
13. Wahlperiode

08/20

Änderungsantrag  
des Abg. Walter u.a. Fraktion GRÜNE

**zum Entwurf des Staatshaushaltsplans für 2004**

Epl. 08 Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum

**hier: Aufwendungen für Flurneuordnung und Landentwicklung**

Der Landtag wolle beschließen,

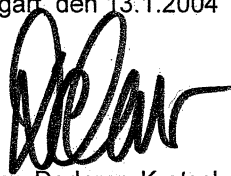
S. 81

Kap. 0805 Flurneuordnung u. Landentwicklung  
Titel ~~53473~~ Dienstleistungen Dritter u. dgl.

2004  
Tsd. €

statt	4.549,0
zu setzen	2.549,0

Stuttgart, den 13.1.2004



Walter, Dederer, Kretschmann u. Fraktion

**Begründung**

Einsparung aufgrund der angespannten Finanzlage des Landes.

**LANDTAG VON BADEN-WÜRTTEMBERG**  
13. Wahlperiode

08/21

**Änderungsantrag  
der Fraktion GRÜNE**

**Entwurf des Staatshaushaltsplans für 2004**

Epl. 08 Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum

**hier: Verpflichtungsermächtigungen für das Programm Energieholz Baden-Württemberg**

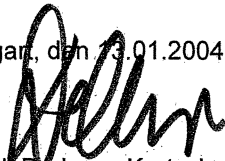
Der Landtag wolle beschließen,

S. 223 Kap. 0831 Allgemeine Bewilligungen der Landesforstverwaltung  
Titel 893 72 Sonstige Zuschüsse für Investitionen

folgende Erläuterungen aufzunehmen:

	<b>2004</b>
	Tsd. EUR
Verpflichtungsermächtigungen	2.000 Tsd. EUR
Davon zur Zahlung fällig im	
Haushaltsjahr 2005 ..... bis zu	1.000 Tsd. EUR
Haushaltsjahr 2006 ..... bis zu	1.000 Tsd. EUR

Stuttgart, den 3.01.2004



Witzel, Dederer, Kretschmann u. Fraktion

**Begründung**

Bei Ausbau der erneuerbaren Energien in Baden-Württemberg kommt der energetischen Nutzung von Holz besondere Bedeutung zu. Das Förderprogramm „Energieholz Baden-Württemberg“ ist ein geeignetes Instrument um die vorhandenen Potenziale zu nutzen. Aktuell gibt es zahlreiche förderfähige Projekte; es können jedoch keine Bewilligungsbescheide erteilt werden, weil die Mittel fehlen (vgl. Antrag „Haushaltsvollzug bei den Förderprogrammen zum Klimaschutz“, Drs. 13/2115, S.4). Daher sind im Haushalt entsprechende Verpflichtungsermächtigungen aufzunehmen.

Landtag von Baden-Württemberg  
13. Wahlperiode

08/22

**Änderungsantrag**

der Fraktion der CDU  
der Fraktion der FDP/DVP


**Entwurf des Staatshaushaltsplans für 2004**

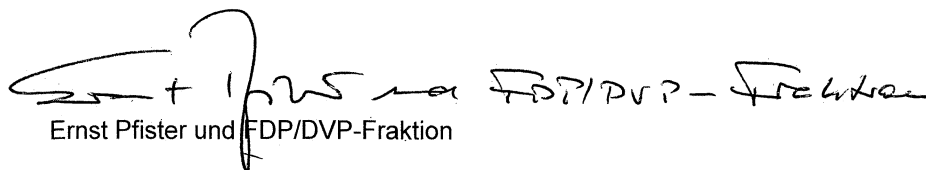
Einzelplan 08 - Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum

Der Landtag wolle beschließen,

den Entwurf des Staatshaushaltsplans für 2004 in den Haushaltsansätzen entsprechend der Anlage zu ändern sowie Ansätze neu aufzunehmen und die Erläuterungen jeweils entsprechend zu fassen bzw. zu ändern.

Stuttgart, den 20. Januar 2004

  
Günther H. Oettinger und CDU-Fraktion

  
Ernst Pfister und FDP/DVP-Fraktion

Einzelplan Kapitel Titel	Zweckbestimmung Bezeichnung / Stellenzahl		2004 - Tsd. EUR -	Erläuterungen / Begründung
<b>08</b>	<b>Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum</b>			
<b>1.</b> <u>0802</u> 549 01 N FKZ 989 <u>(S. 22)</u>	<u>Allgemeine Bewilligungen</u> Globale Minderausgabe für Sächliche Verwaltungs- ausgaben		-6.370,0	Einsparung von sächlichen Verwaltungsausgaben zur Deckung von Steuermindermaßnahmen. Im Falle eines unabweisbaren Bedürfnisses (§ 37 Abs. 1 LHO) kann die globale Minderausgabe innerhalb des Einzelplans bei den anderen Sachausgaben (Hauptgruppe 6 bis 8) erwirtschaftet werden. Vgl. auch globale Minderausgaben bei Tit. 462 01 und 972 10 sowie Kap. 1212 Tit. 972 01.
<b>2.</b> <u>0803</u>	<u>Ländlicher Raum, Ernährung und Landwirtschaft</u>			
86	Obst- und Gartenbau; Kleingartenwesen Haushaltsvermerk unverändert.			
686 86 <u>(S. 53)</u>	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke	statt zu setzen	553,0 1.303,0 +750,0	In die Erläuterungen zu Tit. 686 86 ist folgende neue Nr. 5 aufzunehmen: Zuschüsse 5. zu Hagelversicherungsprämien ..... 750,0 Tsd. EUR Die bisherige Nr. 5 wird Nr. 6.
	<b>Änderungen Ausgaben Epl. 08</b>		<b>-5.620,0</b>	

**Landtag von Baden-Württemberg****08/23****13. Wahlperiode****Änderungsantrag  
der Fraktion der SPD****S. 44****zum Entwurf des Staatshaushaltsplan für 2004****Einzelplan 08 Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum****Urlaub auf dem Bauernhof**

Der Landtag wolle beschließen:

Kap. 0803 Ländlicher Raum, Ernährung und Landwirtschaft

Titel 686 01 W Zuschuss an den Verein – Urlaub auf dem Bauernhof in Baden-  
Württemberg - , Freiburg

TSD €

Statt	0,0
Zu setzen	50,0

Stuttgart, 21. Januar 2004



Drexler, Nils Schmid und Fraktion

**Begründung**

Verstetigung der Mittel, um die wichtige Verknüpfung von Landwirtschaft und Tourismus gerade auch in landwirtschaftlich benachteiligten Gebieten weiterhin zu fördern.